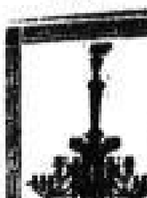
Fernsprech-Stellen 11 Amt, 332 Neust.-Dresden.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.



Julius Schädlich,
am See 40
Petroleum-Lampen,
Kerzen-Kronleuchter.

Diätetisches Heil- und Nahrungsmittel bei Brustleiden u. Schwächezuständen.
C. Grohmann's Original-Deutscher Porter
80jährige Erfolge, Auszeichnungen d. k. k. Preuss. u. Oestr. Lazarethe, Holl. Gesellschaft.
„B. Meissner „Kreuzstr. 19.

Woll. Jagdwesten à 4 M.,
„ **Lodenjoppen** à 9 M.
in sehr grosser Auswahl bei
Jos. Fiechtl, Schloß-Straße 22.

Gr. Schiessgasse 13.
Beste und billigste Bezugsquelle für
Wild u. Geflügel
jeder Art
Unger's Wild- und Geflügelhandlung.

Neuheiten in Flanellen u. Lamas sind nunmehr sämmtlich eingetroffen und mache auf meine **Kleiderlamas** und **Morgenkleiderstoffe** ganz besonders aufmerksam. **W. Metzler,** 15 Altmarkt 15. Bitte auf Firma zu achten.

Nr. 333. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 28. Nov.: Frischer Westwind, meist trübe mit Niederschlägen, etwas wärmer. | Dresden, 1884. **Freitag, 28. Nov.**

Für den Monat December

werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten" in der Expedition, Marienstrasse 13, zu 90 Pfennigen, für auswärts bei den Kaiserl. Postanstalten im deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, in der Oesterr.-Ungar. Monarchie zu 77 Kr. excl. Agiozuschlag angenommen.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Es wird auch künftig keine Tagegelder für die Abgeordneten geben. Trotz des nunmehr achtmaligen Beschlusses des Reichstages, trotz der beinahe zwei Drittel Mehrheit (180:90). Wenigstens auf so lange schlägt der Reichskanzler die Tagegelder ab, so lange nicht gleichzeitig auch das allgemeine Wahlrecht abgeändert wird. Will man einmal die Reichsverfassung in Betreff der Entschädigung der Abgeordneten verändern, dann, meint Fürst Bismarck, nur nicht zimperlich! Dann seht Euch auch zugleich das jetzige Wahlrecht betreffs seiner Abänderungsbedürftigkeit an. Diätenlosigkeit und allgemeines, gleiches Wahlrecht gehören unzertrennlich zusammen — das ist der durchschlagende Gesichtspunkt für den Fürsten Bismarck. Er verwirft die Gewährung von Tagegeldern an die Volksvertreter nicht grundsätzlich — wohl aber für solche Abgeordnete, die kraft des jetzigen Wahlgesetzes im Reichstage sitzen. Prophetisch kündigt er an: daß einmal eine Aenderung der Reichsverfassung kommen wird, „nicht vom Reichstage, nicht vom Bundesrathe, sondern von einer anderen Seite her"; dann sei es Zeit, mit dem Tagegelder-Antrag wieder anzuklopfen. Die Diätenlosigkeit, es ist wahr, verhindert nicht die Wahl einiger Dutzende Sozialdemokraten; die Opferwilligkeit der Partei und die Zuschüsse, die von anderer bekannter Seite kommen, beschafft die Mittel zu einer parlamentarischen Vertretung dieser Partei in einem gewissen Umfange; ob sie etwa ausreichen würden, wenn, was der gute Genius Deutschlands verhüten möge! etwa 100 sozialdemokratische Abgeordnete im Reichstage sitzen, das ist eine andere Frage. Diätenlosigkeit (und das ist nicht minder wahr) hält aber ganze große Gruppen von Berufskreisen dem Reichstage fern. Die mittleren Leute, die Handwerker namentlich, und die Kleinbauern sind größtentheils außer Stande, als Abgeordnete Monate lang in Berlin ohne Tagegelder zu leben. Gerade diese Kreise aber beziehen weder von ihren Berufsgenossen, noch von ihrer Partei Entschädigung, sobald sie nicht Sozialdemokraten oder Deutsch-Freisinnige sind. Die Deutsch-Freisinnigen haben einen eigenen Diätenfonds, der wesentlich von der Berliner jüdischen Börsen-Aristokratie gespeist wird und der von allen Reichstags-Abgeordneten dieser Richtung in Anspruch genommen werden kann. An derartigen Veranstaltungen fehlt es für konservative Handwerker und Kleinbauern vollständig und daher erhalten die konservativen Wahl-Comités immer gerade von den tüchtigsten Leuten aus diesen Kreisen, wenn man sie als Reichstags-Candidaten aufstellt, abschlägige Antworten. Wie viele Intelligenz geht da dem Reichstage verloren! Damit wollen wir unsererseits nur hervorheben, daß der Antrag auf Tagegelder innerlich durchaus berechtigt ist. Ob er zeitgemäß war, steht auf einem anderen Blatte und die Bemerkung Bismarck's, daß der Bundesrath den auf Grund des jetzigen Wahlgesetzes gewählten Volksvertretern schlechterdings niemals Tagegelder bewilligen könne, ist nicht ohne Weiteres von der Hand zu weisen.

Bei der Tagegelderfrage kam natürlich auch die Beschränkung der Freifahrtkarten auf den Eisenbahnen zur Sprache. Mit dieser freien Fahrt ist grober Unfug getrieben worden, darüber kann ein Zweifel nicht obwalten. Es wurde damit auf der Linken wie auf der Rechten und im Centrum gesündigt. Vorwürfe gegen einander zu erheben ist Niemand berechtigt. Die von Bismarck über die Benutzung der Freifahrtkarten vorgeführte Statistik hatte Hand und Fuß. Wozu brauchen die in Berlin wohnhaften Abgeordneten Karten, die sie zur freien Fahrt erster Klasse durch ganz Deutschland berechtigen? Indessen, diese nebensächliche Angelegenheit, ja selbst die Diätenfrage selbst verschwand völlig hinter den allgemeinen Gesichtspunkten, welche der Reichskanzler selbst vorführte. Er blitzte und donnerte wie in seinen jüngeren Jahren. Starke Dinge gab er dem Reichstage zum Angehör. Das zornige Aufbäumen der von seinen Donnerkeilen Getroffenen wird Jedermann begreiflich finden. Da sich der Reichstag nicht durch die ablehnenden Beschlüsse des Bundesraths imponiren lasse, so warf ihm der Reichskanzler die Schmeichelei an den Kopf, daß er selbst sich auch nicht durch den Reichstag imponiren lasse. Tobender Lärm entstand bei diesen Worten. „Gewiß nicht! meine Herren! Ich lasse mich als Reichskanzler durch meine ruhige Ueberzeugung leiten. Ich werde mir durch ganz Europa nicht imponiren lassen!" Diesem stolzen, vom höchsten Kraftbewußtsein getragenen Satze (vermuthlich von einer gebieterischen Handbewegung begleitet), folgte eine donnernde Beifallssalve der Conservativen. Der eiserne Kanzler hat ein Recht zu solcher Sprache. Er gemahnte an die Horazischen Verse: „Und wenn der Erdball zusammenbricht — seine Trümmer erschrecken mich nicht." Seine ganze Person, seine weltgeschichtlichen Thaten sind eine Verkörperung seiner Furchtlosigkeit und Energie. Am wenigsten imponirt dem Reichskanzler ein so parteizerrissener Reichstag wie der jetzige. Er hielt ihm ein Spiegelbild vor, das in einzelnen Zügen gewiß verfehlt und verzerrt, aber in anderen wahrheitsgetreu ist und das als Ganzes dem Reichskanzler zu seinen wehmüthigen Klagen über den Rückgang des Nationalgedankens wie zu seinen heftigen Anklagen wohl einigermaßen Grund bot. Bismarck zählt unter 397 Abgeordneten nur 157, die einer nationalen Kaiser- und Reichspolitik als oberstem Leitsterne folgen. Die übrigen nennt er nicht geradezu Reichsfeinde, aber er bezichtigt sie, ihre Parteitendenzen höher zu stellen als die Reichsinteressen. Die 100 Ultramontanen kämpften für die Herrschaft der Geistlichkeit. Sie nennen's zwar Freiheit der Kirche und Religion, aber, laut Bismarck, verstehen sie darunter die Herrschaft der Kirche. Die Ultramontanen protestirten entrüstet gegen diese Charakteristik, aber der Reichskanzler blieb unerbittlich: er werde niemals der Geistlichkeit die Herrschaft im deutschen Reiche einräumen. Noch schlimmer kamen die 10 Welfen weg. Er nannte sie ein „fremdländisches Element". Empörte Ausrufe der Welfen! Einer der übrigen benutzte den Anlaß, um feierlichst und mit Glaubwürdigkeit den Vorwurf der Franzosenfreundlichkeit zurückzuweisen. Was Bismarck über die Deutschfeindlichkeit der elsässer u. polnischen Abgeordneten sagte, ist unbestreitbar. Nicht minder, wenn er die Sozialdemokraten und die Volkspartei für Republikaner erklärte. Auch die Deutschfreisinnigen steckte er in den republikanischen Topf. Diese wollen's nicht Wort haben; Bismarck erläuterte diese Bezeichnung nachher dahin, daß eine Partei, welche die Parlamentsherrschaft erstrebe, die den Kaiser, die Fürsten und den Bundesrath unter die Mehrheitsbeschlüsse des Reichstags beugen wolle, dem Wesen nach republikanisch sei. Das thue die deutschfreisinnige Partei, die weder deutsch noch freisinnig sei. Wohin wäre Deutschland gekommen, fragte Bismarck, wenn er die wechselnden Beschlüsse zufälliger Reichstagsmehrheiten hätte ausführen wollen? Das ist eine sehr zeitgemäße Frage. Denn jetzt steht es so, daß nur 157 Abgeordnete das nationale Banner hochhalten, von der Mehrheit aber die Einen für die Geistlichkeit, die Andern gegen Kaiser und Reich stimmen und die Gesetzvorlagen nicht nach ihrem sachlichen Inhalte prüfen, sondern sie so behandeln, wie es ihr Parteiinteresse vorschreibt.

Am glimpflichsten kamen in der Charakteristik Bismarck's die Sozialdemokraten weg. Er schrieb ihnen sogar einen gewissen Nutzen zu. Ohne die Furcht, die soviele Leute vor der Sozialdemokratie hätten, meinte er, wären nicht soviele Fortschritte, die wir in unserer sozialpolitischen Gesetzgebung bisher gemacht hätten, erfolgt. Insofern sei die Furcht vor den Sozialdemokraten bei Dem, der sonst kein Herz hat für die Leiden unserer armen Mitbürger, ein ganz gutes Mittel, ihn für die Sozialreform des Kaisers geneigt zu machen. Bismarck erblickt also in der Sozialdemokratie einen ganz brauchbaren Popanz, um die Herzen opferwillig zu machen. Etwas Wahres liegt darin. Bismarck ist gewillt, zuzusehen, mit was für praktischen Weltverbesserungsvorschlägen die Sozialdemokraten herausrücken. Er sagt ihnen eine unbefangene Prüfung zu. Wenn sie selbst unpraktische Vorschläge brächten, würden sie wohl auch etwas zahmer werden in der Kritik des Bestehenden. Furcht vor der Sozialdemokratie hat der eiserne Kanzler nicht. Das mögen sich diese Herren gesagt sein lassen! Ein sehr treffender Gedanke war auch der: aus den Wahlen hat sich ergeben, daß die Wähler die wahre Gestalt und die Ziele der Fortschrittspartei durchschaut haben, deshalb wendeten sie sich von ihnen ab — für die Sozialdemokraten werde diese Zeit auch kommen. Diese Auffassung des Erscheinens der Sozialdemokratie im Reichstage zeugt von staatsmännischer Einsicht. Aus den Reden Bismarck's und dem ganzen Verlauf der ersten Reichstagsdebatte ergiebt sich aber der Gesammt-Eindruck: Bismarck erträgt es mit Klagen und Unwillen, daß sich seine nationale Politik einer negativen Mehrheit gegenübersieht. Wie lange er diesen Zustand erträgt und was er thut, um ihm abzuhelfen, entzieht sich vorläufig jeder Vermuthung. Aber wenn es Jemandem schwanen sollte, daß dem kaum und unter solchen heftigen Wehen geborenen Reichstag ein früher Tod beschieden sei, Dem würden wir nicht widersprechen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 27. Novbr.

Berlin. Reichstag. Auf der Tagesordnung: Erste Berathung des Etats und des Anleihegesetzes. Staatssekretär im Reichsschatzamt Burchardt: Der Etat schließe mit einem Mehrbedarf von 40½ Millionen, was gewiß bedauerlich sei. Aber thatsächlich unrichtig sei es, von einem Defizit zu sprechen, wie das in der Presse und auch hier geschehen. Das Reich sei unter seinen eigenen Einnahmen auf die Subsidien der Bundesstaaten angewiesen. Es sei nie beansprucht worden, daß die eigenen Einnahmen des Reichs den Bedarf desselben decken. Thatsächlich seien die Beiträge der Einzelstaaten an das Reich früher sehr hoch gewesen (1878/79 70 Mill.). Das habe sich später geändert (1882/83 nur noch 1 Mill.); 1883/84 habe das Reich mehr an die Einzelstaaten herausgezahlt, als es von denselben empfangen habe. Der neue Etat ändere leider wieder dieses günstige Verhältniß, indem das Reich demnach 9 Mill. weniger an die Einzelstaaten abgebe, als es von diesen erhalte. Wollte man von einem Defizit sprechen, so würden höchstens diese 9 Mill. als solches zu bezeichnen sein; aber auch das würde nach dem Vorgesagten nicht zutreffen. Das abgeschlossene Rechnungsjahr schließt mit einem Fehlbetrag von 1¾ Mill.; ein wesentlicher Ausfall findet sich bei der Rübenzuckersteuer. Wenig erfreulich sei das Bild des laufenden Etatsjahres: 2,084,000 Mk. Mehrausgaben, 12,200,000 Mk. Mindereinnahmen, woran wieder die Rübenzuckersteuer in hohem Maße partizipirt. Der Ausfall bei der Rübenzuckersteuer beträgt nach erfolgter Schätzung etwa 20 Mill., wahrscheinlich noch etwas mehr. Der Fehlbetrag des laufenden Etatsjahres beträgt demnach ca. 14½ Mill. Redner geht sodann auf die bereits bekannten Ziffern des neuen Etats über. Die Rübenzucker-Industrie leide unter einer schweren Krisis. Die Hoffnung, daß sich die Zuckerpreise bessern würden, hat sich leider nicht erfüllt. Der in voriger Session vorgelegte Entwurf eines neuen Rübenzuckersteuergesetzes sei nicht mehr zur Verabschiedung gelangt, was im Interesse der Zuckerindustrie nicht zu beklagen sei. Die Ausgaben des Reiches steigern sich fortgesetzt und es treten Bedürfnisse an uns heran, die nicht abgelehnt werden können. Unsere wirthschaftliche Lage sei besser als in irgend einem anderen Lande, wenn es auch hie und da nicht an Schwierigkeiten fehle; insbesondere habe die Landwirthschaft unter solchen zu leiden. Die Schuldenlast der deutschen Staaten sei geringer als die anderer Länder. Was die Steuerkraft des Landes anlange, so walte ein Mißverhältniß zwischen den direkten und indirekten Steuern ob, welches zu beseitigen sei. Er könne nicht sagen, ob die verbündeten Regierungen mit bezüglichen neuen Vorschlägen herantreten werden. Das Bild des Etats sei ungünstig; der Reichstag möge prüfen, ob die vorgeschlagenen Ausgaben ohne die Interessen des Reichs anzugreifen vermindert werden können. Müsse man diese Frage verneinen, so werde zu erwägen sein, ob man sich nicht zu einer organischen Reform des Steuerwesens entschließen wolle. — Abgeordneter Richter-Hagen: Der vorliegende Etat zeige den vollständigen Zusammenbruch der Finanzpolitik des Reichskanzlers. Hinter dem Worte Steuerreform stehe die Forderung nach neuen Steuern. Es sei ein Ausfall von 40½ Mill. vorhanden; ob derselbe durch die Einzelstaaten oder durch die Steuerzahler direkt aufgebracht werde, ändere daran gar nichts. Das Reich sei wieder Kostgänger der Einzelstaaten geworden; es bettle bei denselben, um in der bilderreichen Sprache des Finanzministers v. Scholz zu sprechen, um 28 Mill. Während der Ertrag der neuen Steuern 129 Mill. beträgt, fließen heute nur 42 Mill. an die Einzelstaaten; 67 Mill. bleiben beim Reiche. Und die Einzelstaaten verwenden ebenfalls nur geringe von denen ihnen zufließenden Beträgen zu Steuererleichterungen. Wenn man die Steuerreform wolle, so müsse man die Zuckersteuer und Branntweinsteuer reformiren. Wäre das Tabaksmonopol bewilligt worden, so würden wir das Uebel des Monopols haben und die Uebel behalten, die damit beseitigt werden sollten. Er bestreitet, daß die Fortentwickelung des Reiches eine Erhöhung der Ausgaben erfordere. Es könne mehr der freien Konkurrenz überlassen werden als sonst. Am meisten beanspruche das Militär und die Marine, seit 12 Jahren sei der Militäretat um 91, der Marineetat um 23 Millionen gestiegen. Man fühle aus dem Etat heraus, daß eigentlich der Finanzminister fehle. Die Steuerschraube sei hoch genug angezogen, die Vorschläge der Konservativen seien auf Füllung der eigenen Taschen berechnet, wie es sich bei den Kornzöllen gezeigt. Als Deutschland noch nicht geeint war, sei es in dieser Beziehung besser gewesen. Schließe man aus der gestrigen Kanzlerrede auf eine bevorstehende Auflösung des Reichstags, so sei dies ein verzweifeltes, nahe an einen Staatsstreich grenzendes Mittel (Beifall links). Freiherr v. Frankenstein erklärt Namens des Centrums: Derselbe werde nur solchen Ausgaben zustimmen, deren Nothwendigkeit Unverzüglichkeit nachgewiesen würde, damit die Einzelstaaten nicht durch Erhöhung der Matrikularbeiträge in die Gefahr des Ruins gebracht würden. Freiherr v. Maltzahn-Gültz vertheidigt den Etat, welcher den Vorwurf der Verschwendung nicht rechtfertige, der gegenwärtige Augenblick sei nicht für die Exportbonifikation des Zuckers günstig, weil dadurch die Krisis der Zuckerindustrie verschärft würde. Er sei nicht prinzipiell gegen die Einführung einer Spiritussteuer. Eine mäßige Erhöhung der Kornzölle sei nothwendig, zu hohe Kornzölle würden schädlich sein. Hoffentlich komme die Börsensteuer diesmal zu Stande. v. Benda meint, eine Erhöhung der Matrikularbeiträge bringe Schwierigkeiten für die Einzelstaaten, deshalb sei eine Vermehrung der Reichseinnahmen nöthig. Die Initiative müsse aber von der Regierung ausgehen, Sparsamkeit sei dringend geboten. Der Kriegsminister Bronsart vertheidigt die Militärverwaltung gegen die Angriffe Richter's. Politische Gründe haben es verboten Truppendislocirungen nach der Grenze schon voriges Frühjahr zum Gegenstand der Debatte zu machen. Der Reichstag erkennt dies auch an, indem er nicht interpellirt. Finanzminister Scholz tritt Richter ausführlich entgegen und weist namentlich den Vorwurf zurück, daß die Regierung Schuld trage, die Reichsfinanzen auf abschüssige Bahn gelenkt zu haben. Die Debatte wird dann vertagt.

Paris. Heute feuerte im Schwurgerichtssaale Madame Clovis Hugues, die Frau eines Deputirten der äußersten Linken, mehrere Revolverschüsse auf einen gewissen Morin ab, welcher sie früher verleumdete. Morin ist todt.

Konstantinopel. Der deutsche Botschafter Radowitz ist an einem typhösen Fieber erkrankt. Der apostolische Gesandte Rotelli stattete dem neuen griechischen Patriarchen einen Besuch ab, welchen dieser erwiederte. Es ist das erste Mal, daß derartige Besuche ausgetauscht werden.

Die Berliner Börse stand unter dem Eindrucke des konservativen Börsensteuerantrags. Die Course erfuhren erhebliche Abschwächungen, allerdings nur in Spekulationspapieren. Schluß reservirt. Empfindliche Courseverluste erlitten spekulative Banken, Kreditaktien verloren 5½ Mark, Diskontogesellschaft 1½ Proz., deutsche Bank 1¼ Proz., deutsche Bahnen wenig verändert.

Frankfurt a. M., 27. November. Credit 247¾. Staatsbahn 250¾. Lombarden 124¼. 60er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier — —. Oesterr. Goldrente —. 6% Ung. Goldrente —. 77er Russen —. 80er Russen —. 2. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanleihe —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierr. —. Disconto 202⅝. Egypter 63,92. Gotth.-B. —. Serben —. Ruhig.

Wien, 27. November. Credit 300,50. Staatsbahn 306,00. Lombarden 149,00. Nordwstb. 176,00. Marknoten 60,22. Ung. Goldr. 304,25. Elbethal —. Fest.

Paris, 27. Novbr. Schluß. Rente 78,92. Anleihe 108,62. Italiener 97,65. Staatsbahn 638,75. Lombarden 318,75. do. Prioritäten —. Egypter 317,00. Oest. Goldrente —. Spanier 59,31. Ottomanen 507,00. Tabak-Actien —. Ruhig.

London, 27. November, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Italiener 95,31. Türken 8,50. Ungarn 79,12. Spanier 59,00. Egypter 61,86, 62,02. matt. Russen 95,25. Erie 15,00, zweite 58,75. Newyork Centrale 93,25. Central pacific 36,25. Lake Shore 71,25. Lake shore 68,00. Tendenz: amerikanische besser.

Stettin, 27. Nov., Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen unverändert, loco 145—155, pr. November-December 152,50, pr. April-Mai 162,00. Roggen unverändert, loco 132—136, pr. Novbr.-December 135,00, pr. April-Mai 138,50. Rüböl unverändert, 100 Kg. pr. Novbr.-December 51,00, pr. April-Mai 52,50. Spiritus fest, loco 41,70, pr. November 41,50, pr. November-December 41,50, April-Mai 44,20. Petroleum loco 8,00.

Breslau, 27. November, Nachm. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 10 Proc. pr. November 40,50, pr. November-December 41,00, pr. April-Mai 41,00. Weizen pr. November 155,00. Roggen pr. November 134,00, pr. November-December 132,00, pr. April-Mai 137,00. Rüböl pr. November 52,00, pr. Nov.-Dec. 52,00, April-Mai 53,00. Stimmung: Fest. — Wetter: Schneetreiben.

Lokales und Sächsisches.

— Gestern beehrte auch Se. Maj. der König in Begleitung des Flügel-Adjutanten Herrn von Carlowitz das Kolossal-Gemälde „Albas letzter Ritt" mit allerhöchstem Besuch.

— Generallieutenant von Rudorff hat einen mehrwöchigen Urlaub nach Böhmen und Schlesien angetreten.

— Assessor R. Thieme-Garmann in Zwickau wurde der Charakter eines Staatsanwalts beigelegt.

— Der neue Archidiaconus an der Annenkirche, bisheriger Stadtdiaconus in Plauen i. V., Liebschke, wird nächsten Sonntag in der Annenkirche beim Vormittagsgottesdienst seine Antrittspredigt halten, nachdem derselbe zuvor von Herrn Konsistorialrath Superint. Dr. Dibelius feierlich in sein Amt eingewiesen sein wird.

— Die Vorbereitungen für die mit dem 1. Dez. in Kraft tretenden 7 Dresdner Orts-Krankenkassen sind nunmehr vollständig beendet. In wenigen Tagen gehen sämmtlichen Interessenten die nöthigen gedruckten Unterlagen und Instruktionen zu, bestehend in einem Exemplar der Statuten der einzelnen Ortskrankenkassen, einem Verzeichnisse der Verbandskassen-Aerzte und einem Verzeichniß der Vorstandsmitglieder. Der Verband der 7 Ortskrankenkassen hat die Stadt in 10 Krankenkassenbezirke eingetheilt, die identisch sind mit den 10 Polizeibezirken und von denen ein jeder seinen bestimmten Kassenarzt hat. Um zu finden, welchen Arzt der einzelne Versicherte zu konsultiren hat, braucht er in dem ihm zugesandten Verzeichniß nur nachzuschlagen, in welchem Polizeibezirke seine Wohnung liegt, um sich dann an den im Verzeichniß genannten Arzt dieses Bezirks zu wenden. Die Aerzte haben auch des Nachts dem Rufe der Kranken Folge zu leisten. Die von den Kassenärzten vorgeschriebenen Rezepte werden in jeder Apotheke bereitwillig auf

SLUB
Wir führen Wissen.